

An die Presse
Montag, 31. August 2015



130 Veranstaltungen von Gewerkschaften und Friedensgruppen Ukraine, Rüstungsexport und Flüchtlingsproblematik sind Themen des Antikriegstags 2015

Mit über 130 Veranstaltungen erinnern Gewerkschaften und Friedensgruppen zum Antikriegstag an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September vor 76 Jahren, mit dem ein Vernichtungskrieg ohne Beispiel begann.

Aktuell besorgt sind die Friedensorganisationen und -gruppen vor allem über die wachsende Anzahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. „Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, klar Position zu beziehen für Weltoffenheit, Vielfalt und eine Willkommenskultur für Menschen in Not“, erklärt Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative. In der Friedensbewegung wird deutlich die deutsche Verantwortung für die Ursachen von Krieg und Flucht in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten gesehen. „Der massive Anstieg deutscher Kriegswaffenexporte forciert die Eskalation der derzeitigen humanitären Katastrophen auf der Welt“, betont Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative.

In der Erklärung des DGB Bundesvorstandes zum Antikriegstag heißt es: „Diejenigen, die vor Terrorismus und Krieg nach Europa fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Die Europäische Union muss denjenigen helfen, die auf der Flucht über das Mittelmeer in Lebensgefahr geraten. Die Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Aufnahme und Perspektiven auf soziale und wirtschaftliche Integration in Europa.

Es ist beschämend, wie Europa darüber feilscht, welcher Mitgliedsstaat wie viele Flüchtlinge aufnimmt. Nationalismen und Ressentiments haben in Europa keinen Platz“

Zu den Themen der zahlreichen Veranstaltungen zählen ebenfalls der schwelende und nach wie vor ungelöste Ukraine-Konflikt sowie die deutschen Rüstungsexporte.

Die Friedensbewegung sieht im Rückfall in die Kalte-Kriegs-Rhetorik am Beispiel der Ukraine-Krise ein Alarmzeichen. Sie hält bei Konflikten, ob in der Ukraine, in Syrien, im Irak oder dem gesamten Nahen und Mittleren Osten Zivile Konfliktbearbeitung statt Konfrontation für nötig. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, stärker in Friedensbemühungen zu investieren, statt in Rüstung und Militär!

Hinweis für JournalistInnen:

Eine Liste der Veranstaltungen und Aktionen zum Antikriegstag findet sich unter

<http://www.friedenskooperative.de/cgi-bin/termine.pl>

Dann bei „Aktionstag(e) bzw. spezielles Thema“ „Antikriegstag“ eingeben.

Bei weiteren Rückfragen / Pressekontakt:

Kristian Golla, (Büro: 0228/ 692904; Mobil: 0171/ 755 78 26)